

TORGE LÖDING

COSTA RICA: DUELL DER RECHTEN ODER LINKE ÜBERRASCHUNG?

Wenn man den Wahlkampfstrategen der großen Parteien glaubt, dann sind die Wahlen am 7. Februar 2010 bereits entschieden. Siegesgewiss gehen sie von einem Durchmarsch der rechts-sozialdemokratischen «Partei der Nationalen Befreiung» (PLN) und ihrer Präsidentschaftsanwärterin Laura Chinchilla aus. Doch ob die Lage bei den Abstimmungen für Präsidentschaft, Parlament und Kommunalvertretungen wirklich so eindeutig ist, bezweifeln viele Experten. Die linke Frente Amplio hofft auf eine starke Oppositionsfraktion. Wie viel Spielraum die Linke bekommt ist wichtig. Denn dieses Jahr stehen die Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit China und mit der EU auf der Tagesordnung. Dabei fallen die Würfel, ob das Modell eines sozialen Wohlfahrtsstaats in Costa Rica endgültig zugunsten einer neoliberalen Privatisierungspolitik untergeht.

Bei diesen Wahlen ist vieles anders, als man es von Wahlkämpfen im mittelamerikanischen Costa Rica gewohnt ist. Die Zeiten der Zweiparteienherrschaft von PLN und der christsozialen PUSC sind vorbei. Die neue Regierungschefin in Costa Ricas Präsidentschaft wird vermutlich über keine Parlamentsmehrheit verfügen. Das liegt daran, dass im Parlament nicht mehr nur zwei oder drei Parteien vertreten sein werden, das traditionell üblich war. Diesmal werden zahlreiche kleinere Parteien einzelne Volksvertreter oder sogar Fraktionen entsenden. Das Einkammer-Parlament besteht aus 57 Abgeordneten und wird alle vier Jahre zeitgleich mit dem Präsidenten nach Verhältniswahl gewählt.

«Mit Überraschungen darf gerechnet werden», meint der Politologie und Mitglied des Rates der Universität von Costa Rica (UCR) Alberto Cortes. Nicht unwahrscheinlich ist, dass es zu einer Stichwahl des oder der Präsidentin im März kommen könnte. Das würde geschehen, wenn es keinem der Anwärter gelingt, die 40-Prozentmarke im ersten Wahlgang zu überspringen. Vielleicht kommt es dann doch zu einem Duell zwischen der konservativen Favoritin Laura Chinchilla und dem Mitte-Links-Kandidaten Ottón Solís von der «Partei der Bürgeraktion» (PAC). Umfrageinstitute und Empiriespe-

zialisten der UCR sehen indes ein ganz anderes Szenario voraus: Mit bis zu 30 Prozent der Stimmen hat bei den Projektionen der Rechtspopulist Otto Guevara von der «Libertären Bewegung» (ML) den zweiten Platz erobert. Auch wenn den Umfrageergebnissen zu misstrauen ist, muss die parlamentarische Linke dies ernst nehmen. Psychologisch und politisch haben die schlechten Umfragewerte für Ottón Solís, die ihn manchmal nur bei 15 Prozent sehen, große Auswirkungen: Nicht wenige Wähler nehmen Otto Guevara nun als den stärkeren Oppositionsvertreter wahr und erwägen für ihn zu stimmen, um eine Regierung Laura Chinchilla zu verhindern. Die andere ist, dass Costa Ricas Banken Solís und der PAC wegen ihrer schlechten Umfragewerte Kredite verwehrt haben, die von der Partei bereits zur Wahlkampffinanzierung eingeplant waren.

ANGEBOTE VON MITTE BIS RECHTS

Als Hauptthema ihres Wahlkampfes wählten Laura Chinchilla und Otto Guevara «Innere Sicherheit» – oder besser den Umgang mit Kleinkriminellen. Die Massenmedien orchestrierten das Thema mit entsprechenden Meldungen. Schon Wochen vor offiziellem Beginn des Wahlkampfes war Otto Guevara mit massiven Anzeigen und Plakaten in die Öffentlichkeit gegangen, um für seine Politik der «harten Hand» mit deutlich ausländerfeindlichem Diskurs in die Öffentlichkeit zu gehen. Bis heute ist der Rechtspopulist dem Obersten Wahlgericht (TSE) eine Antwort darauf schuldig, woher die vielen Millionen US-Dollar stammen, die er in seinen Wahlkampf investierte.

Während die Kandidaten die Situation in den düstersten Farben malen ist das Thema «Sicherheit» in Costa Rica nach Ansichten von Experten ein durchaus kontrollierbares Problem. «Die Kriminalitätsraten sind in den vergangenen Jahren langsam angestiegen. Nicht in allen Bereichen, aber in einigen. Das ist aber ein Phänomen, welches es in allen Industrienationen gibt. In Costa Rica hält es sich in regionalem Vergleich in Grenzen. Die Panik hat in viel größerem Maße zugenommen als die Statistiken», bilanziert Sebastian Huhn vom GIGA-Institut (German Institute of Global and Area Studies).

Delikte wie Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz und einfache Einbrüche seien sogar zurückgegangen. Darauf geht aber kein Politiker ein. Auch nicht Chinchilla, die dies durchaus als Erfolg ihres früheren politischen Wirkens darstellen könnte. Ihr Wahlprogramm umriss die konservative Tageszeitung «La Nación» wie folgt: «Es lässt sich auf drei Schlagworte zusammenfassen: Sicherheit, Sicherheit und Sicherheit». Nach Aussage von Huhn handelt es sich dabei um eine Mischung aus Prävention (wobei Chinchilla hier vor allem auf stärkere Kontrollen setzt) und «hartes Durchgreifen». Zu sicher sinnvollen Maßnahmen wie Bekämpfung der Korruption bei der Polizei, höhere Löhne und bessere Ausbildung für Polizisten, gesellen sich Forderungen wie die zur flächendeckenden Videoüberwachung des öffentlichen Raumes, Eingangskontrollen an Schulen, sowie höhere und konsequentere Gefängnisstrafen für Kleinkriminelle. «Die Idee der Rehabilitation ist komplett verschwunden. Laura Chinchilla setzt sich dafür ein, dass alle Kriminellen ins Gefängnis kommen und nie wieder heraus», konstatierte Sebastian Huhn.

Otto Guevara übertrifft diese Vorschläge mit seinem Programm unter dem Namen «Wandel sofort!» mit einem weitergehenden Horrorkatalog zu Abschreckung und Repression. Er bemängelt die «Existenz zu vieler Alternativstrafen», Richter sollen gezwungen werden anstatt Sozialarbeit oder Rehabilitierung nur noch Gefängnisstrafen auszusprechen. Dafür soll das Gefängnisssystem ausgebaut werden, wobei Gefangene vermehrt arbeiten sollen, um für die Unterbringungskosten aufzukommen. Dazu kommen radikale Forderungen, übernommen von der Ultrarechten aus den USA wie ein öffentlich einsehbares Register für Straftäter. Otto Guevara setzt noch deutlicher auf Bekämpfung der Kleinkriminellen anstatt der Kriminalität und fördert Selbstjustiz.

Ottón Solís konzentrierte sich dagegen in seinem Wahlkampf eher auf Thema wie «Rettung der Mittelschicht» und Sozialpolitik. Die Bekämpfung der Kriminalität ist ein Punkt unter vielen und dabei setzt er vor allem auf Prävention durch soziale Verbesserungen. Bei den Präsidentschaftswahlen vor vier Jahren unterlag Solís dem Amtsinhaber Óscar Arias (PLN) mit gerade einmal einem Prozent der Stimmen. (Trotz manueller Nachzählung der Stimme kursieren auch bezüglich des Ergebnisses von 2006 immer noch Berichte von Unregelmäßigkeiten).

Für Beobachter wie den Politikwissenschaftler Alberto Cortes war die erste Phase des PAC-Wahlkampfes ein Fehlstart. «Die Kampagne war viel zu konservativ», konstatiert Cortes. Die Partei schien sich ihres linken Wählerpotentials allzu sicher zu sein. Vor vier Jahren waren es vor allem die Kritiker des CAFTA-DR-Freihandelsabkommens zwischen den USA, Zentralamerika und der Dominikanischen Republik gewesen, die Solís in greifbare Nähe der Präsidentschaft gebracht hatten. Mit oberflächlichen Wahlaussagen zur Sozialpolitik und ohne klare Positionierung bei den Themen Abtreibung und Säkularisierung des Staates (in Costa Rica ist der katholische Glaube Staatsreligion) hat er dieses Potential enttäuscht und mit der Ernennung von Mónica Segnini zur Vizepräsidentenskandidatin sogar gegen sich aufgebracht. Vor der Volksabstimmung zur Ratifizierung des Freihandelsabkommens CAFTA-DR am 7. Oktober 2007 profilierte sich die Unternehmerin als Befürworterin des Freihandelsvertrages.

FAVORITIN IST EINE EISERNE LADY

Laura Chinchilla steht für Kontinuität der Politik des amtierenden Präsidenten Óscar Arias in allen Bereichen. Als «standhafte und ehrliche» eiserne Lady ist die Politikwissenschaftlerin in den Wahlkampf gezogen. Die konservative Tageszeitung «La Nación» witzelte sogar einmal, die Politikerin habe noch nie etwas gesagt, dass Arias nicht vorher bereits gesagt habe. Politische Gegner stellten sie im Wahlkampf als Marionette ihres politischen Mentors dar. Dieses Bild ist indes zweifelhaft, denn Laura Chinchilla verfügt fraglos über große Sachkompetenz und einen ausgeprägten Machtinstinkt. Die feministischen Organisationen des Landes haben sich in unterdessen in einem offenen Brief gegen die Wahl der Politikerin ausgesprochen. Da diese keinen Respekt vor den Errungenschaften der Frauenbewegung habe, wäre deren Wahl aus Sicht der Feministinnen kein Fortschritt. Mit ihrer Unterstützung des CAFTA-DR-Abkommens trete Chinchilla die Rechte von Frauen mit Füßen.

In der Regierung Arias diente sie zunächst als Justizministerin und dann nach dem Rücktritt von Kevin Casas im Memorandum-Skandal bis zur Erklärung ihrer Kandidatur für die Präsidentschaft auch als Vizeministerin. Bereits in den 90iger Jahren war sie als Innenministerin tätig gewesen. Sie gilt als führende Expertin für Kriminalität in Zentralamerika, in diesem Kontext arbeitete sie als Beraterin für die Interamerikanische Entwicklungsbank, Vereinte Nationen und andere internationale Organisationen. Die politische Nähe zu Óscar Arias ist indes auch der Grund, warum es zu einer Stichwahl kommen könnte. Umfragen sahen sie zunächst in deutlich über 40 Prozent, dieses Ergebnis schrumpfte, nachdem vor allem Otto Guevara eine öffentlichkeitswirksame Kampagne gegen die aktuelle Regierung lancierte und sie verantwortlich machte für angeblich steigende Kriminalität, Arbeitslosigkeit und fiskale Probleme. Dabei ließ der Kandidat allerdings unerwähnt, dass er und die übrigen ML-Abgeordneten deutlich mehr als drei der vier Jahre währenden Legislaturperiode in engem Bündnis mit der Regierungsfraktion gearbeitet haben, dem Bündnis der 38 CAFTA-«Willigen».

BILANZ DER REGIERUNG ARIAS

Aus Sicht der PLN-Nomenklatura waren die vier Jahre der Regierung Óscar Arias, – mit seinem Bruder Rodrigo als Präsidentschaftsminister (ähnlich eines Ministerpräsidenten) an der Seite – ein Erfolg. Damit hat sie ihre Wählerbasis von rund 40 Prozent wieder gesichert. Hauptanliegen war die Ratifizierung des Freihandelsabkommens CAFTA-DR und die Verabschiedung der neoliberalen Umsetzungsagenda. Außenpolitisch machte der Friedensnobelpreisträger eine gute Figur mit seinen Bemühungen gegen internationalen Waffenhandel und sein Programm «Frieden mit der Natur». Sein Diskurs war dabei stets moderat fortschrittlich, gleiches gilt für seine Rolle beim Putsch in Honduras. Es ist nicht auszuschließen, dass der Politiker ein hohes Amt auf internationaler Ebene anstrebt. Aus der Nähe betrachtet stellen sich die Dinge indes anders dar: Kaum ein Präsident hat Costa Rica innenpolitisch so gespalten wie es Oscar Arias mit seinem unerbittlichen Einsatz für die CAFTA-Ratifizierung tat. Entgegen seinem internationalen Diskurs ist er kein Mann des Dialogs. Das wurde bereits deutlich im Wahlkampf 2004, als er sich weigerte, im Fernsehduell gegen Ottón Solís aufzutreten. Die Vertreter der geputschten Regierung Manuel Zelaya, die zu

Gesprächen nach San José reisten, berichteten von «arroganter, kühler Distanz», die ihnen Arias entgegenbrachte, während er die Vertreter der Putschregierung Micheletti respektvoll behandelte. Auch im Umweltschutz differieren Anspruch und Wirklichkeit. Der Präsident unterstützt eine Reihe umweltfeindlicher Megaprojekte wie den Goldminentagebau in Las Crucitas im Norden des Landes.

Geprägt waren die ersten Jahre der Arias-Regierung von der Auseinandersetzung um das Dominican Republic-Central America Free Trade Agreement (CAFTA-DR). Unter anderem sieht der Vertrag die Liberalisierung von Investitions- und Dienstleistungssektoren vor. Für die Organisationen der sozialen Bewegungen bedeuten die daraus resultierenden Privatisierungen öffentlicher Betriebe (Telekom, Energiesektor und Sozialversicherung), dass das bisherige Modell eines sozialen Wohlfahrtsstaates durch ein neoliberales ersetzt wird. Ungeachtet ziviler Proteste wurde das Abkommen in den USA, der Dominikanischen Republik, Guatemala, El Salvador, Honduras und Nicaragua bereits 2004 und 2005 ratifiziert. Am 7. Oktober 2007 sprachen sich im Referendum – bei einer Beteiligung von 59,2 Prozent der 2,6 Mio. Wahlberechtigten – in Costa Rica 51,6 Prozent für und 48,4 Prozent gegen die Ratifizierung aus. Somit stimmten also etwas mehr als ein Drittel für CAFTA, ein Drittel dagegen und ein Drittel enthielt sich.

Es handelte sich um das erste Referendum in der Geschichte des Landes und gleichzeitig um das weltweit erste, in dem eine Bevölkerung zu einem Freihandelsvertrag konsultiert wurde. Leider hatte dieser Prozess aber auch deutliche Schattenseiten, denn die CAFTA-Kritiker waren strukturell benachteiligt. Dennoch stellt die Durchführung des Referendums bereits eine Anerkennung der Stärke der sozialen Bewegung dar. Der von 2002 bis 2006 christlich-soziale Präsident Abel Pacheco (PUSC) konnte oder wollte im uneinigen Parlament keine Entscheidung zu CAFTA herbeiführen, da schon die massiven Proteste gegen die Privatisierung des staatlichen Energie- und Telekommunikationsunternehmens ICE im Jahr 2000 deutlich gemacht hatten, dass die Regierung die Bevölkerung bei der Entscheidung über die Zukunft des «Modells Costa Rica» nicht ignorieren konnte. Auf den Anti-CAFTA-Kampf folgten eine Reihe soziale und ökologische Auseinandersetzungen, die bis heute anhalten. Zum Beispiel der Widerstand gegen das Goldminentagebauprojekt Las Crucitas, gegen eine Reihe von Yachthafenprojekte sowie das Abgraben kommunaler Wasservorkommen für Tourismus-Megaprojekte und der Widerstand von Fischergemeinden gegen Vertreibung zugunsten ausländischer Investoren.

KEIN LINKES BÜNDNIS

Die Bewegung gegen CAFTA-DR brachte ein landesweites Netz von Graswurzelinitiativen, die «patriotischen Komitees» (Comitees Patrióticos) hervor. Sie wollten die Argumente gegen das Abkommen bekannt machen und damit die völlig einseitige positive Berichterstattung in den Massenmedien etwas entgegensetzen. Der Arbeit dieser Basisstruktur ist die hohe Stimmenzahl gegen das Freihandelsabkommen zu verdanken. Wenn auch knapp, hatten sie aber dennoch verloren. Die Komitees gerieten in eine Krise und die meisten lösten sich auf. In Hinblick auf die Wahlen 2010 entschlossen sich viele dafür, zum Wahlboykott aufzurufen. Einige orientierten sich auf bestehende politische Strukturen, aber ein Großteil hoffte auf ein neues linkes Bündnis.

Hier offenbarten die bestehenden Parteien ihre größte Schwäche. Insbesondere die PAC unter Ottón Solís blockierte die Idee mit einem gewissen Alleinvertretungsanspruch für die Bewegung. Somit kam das Bündnis nicht zustande, obwohl sich ihre Vordenker bereits über ein Programm Gedanken gemacht hatten. Soziale Organisationen hätten Kandidaten für die Ministerialämter vorschlagen sollen, z.B. der Umweltschutzdachverband FECON den Umweltminister oder die Gewerkschaft ANEP den Arbeitsminister. Als die Umfragergebnisse aber schlecht blieben, ließ sich Solís wenigstens darauf ein, dass zwei Kleinparteien seine Kandidatur unterstützen: Der PLN-Dissident und Präsidentschaftskandidat der «Patriotischen Allianz» (AP, Alianza Patriótica, Mitte-Links) Rolando Araya sowie der Präsidentschaftskandidat Walter Muñoz der konservativen Sozialstaatspartei «Partei der Nationalen Integration» (PIN, Partido Integración Nacional) rufen zur Wahl von Solís auf. Nicht ganz so weit geht die Frente Amplio, welche diese «Allianz» als verspätet bezeichnet. Dennoch verzichtet jetzt auch Anti-CAFTA-Gallionsfigur Eugenio Trejos auf seine Präsidentschaftskandidatur und bewirbt sich stattdessen als Abgeordneter für die Linkspartei. Auf dem Wahlzettel wird die «Allianz» indes nicht vorkommen, sondern die Stimmen werden getrennt gezählt.

Insbesondere für die Kandidatin der Frente Amplio Eva Carazo läuft unterdessen eine starke Zweitstimmenkampagne. Realistisch scheint die Hoffnung ins kommende Parlament mit José María Villalta und Eva Carazo zwei linke Volksvertreter zu entsenden und damit die Zahl der Sitze zu verdoppeln. Und obwohl der Partei so gut wie keine finanziellen Ressourcen zur Verfügung stehen, könnte es Dank der Verankerung der Kandidaten auch mit der Internet- und SMS-basierten Wahlkampagne unter dem Motto «Glaubwürdige Menschen» (GENTE DE VERDAD) gelingen, vier oder sogar fünf Mandate zu erringen.

WIRTSCHAFTLICHER UND POLITISCHER AUSBLICK

Costa Ricas Ökonomie scheint die Weltwirtschaftskrise nicht in voller Kraft abbekommen zu haben. Die Rezession fiel milder aus als erwartet: Nach den Zahlen des Länderberichts der »Economist Intelligence Unit« (EIU) schrumpfte die ökonomische Aktivität des Landes im September 2009 im Vorjahresvergleich nur um 0,1 Prozent. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt scheint sich momentan nicht zu verschlechtern, nachdem es bis Anfang der zweiten Jahreshälfte 2009 massive Entlassungen in den Bereichen Textilwirtschaft, Baubranche, Medien und Tourismus gegeben hatte. Die Erwerbslosenquote stieg indes von 4,6 Prozent (2007) auf 6,4 Prozent (2009). Dass diese Zahlen relativ moderat aussehen, liegt nicht zuletzt an der guten Auslastung der Intel-Mikrochipproduktionsstätte in San José, Costa Rica. Intels Produktion generiert annähernd ein Viertel des BIP und durch die Freihandelsvereinbarungen mit Asien fand der Halbleiterhersteller dort bisher gute Absatzmärkte. Auch der IT-Cluster, der sich im Intel gebildet hat und die zahlreichen Callcenter prominenter US-Hardwarehersteller, die sich hier befinden, blieben von verheerenden Auswirkungen der Krise bisher verschont. Das mag auch an den niedrigen Löhnen von nur 1 USD pro Stunde liegen, die den Callcentermitarbeitern hier bezahlt werden.

Mit dem «Schildplan» gelang es der Regierung, niedrig bezahlte Arbeitsplätze zu erhalten. Dieses Investitionsprogramm ist indes auch einer der Gründe, warum die Staatsverschuldung in 2010 auf 50,5 Prozent des BIP ansteigen wird. Was in Costa Rica weiterhin massiv fehlt, sind qualitativ gute Arbeitsplätze mit guten Löhnen. Für 2010 erwarten Experten ein Wirtschaftswachstum von 3,3 Prozent, welches auf einer leichten Erholung des produzierenden Gewerbes, Exporte und internem Markt basiert. Journalisten und Politiker stellen diese Aussichten gerne als Ende der Wirtschaftskrise hin. Diese Perspektive werden sie 2011 revidieren müssen, wenn die US-Wirtschaft wieder abflauen wird und damit auch die exportorientierte costaricanische Ökonomie nach unten zieht. In diesem Jahr sollen die Verhandlungen des Freihandelsabkommens mit China und dem Assoziierungsabkommen zwischen Zentralamerika und der Europäischen Union zum Abschluss kommen. Soziale Organisationen kritisieren diese Abkommen genauso wie CAFTA-DR, bisher hat sich der

Widerstand dagegen aber noch nicht verallgemeinert. «Das Rückrat der Bewegung dagegen bilden heute Umweltschutzgruppen und Kleinbauernorganisationen. Diesen sind die negativen Folgen bewusst, welche etwa das Assoziierungsabkommen mit der EU für Natur und landwirtschaftliche Produktion bringt. In den nächsten Monaten setzen wir auf Informationsveranstaltungen, um Bewusstsein für die Konsequenzen zu bilden», sagte Grace Garcia, bei den «Amigos de la tierra Costa Rica» zuständig für das Thema. Das Assoziierungsabkommen sei deshalb besonders wichtig, weil es das am weitesten fortgeschrittene Projekt des neoliberalen Projektes «Europa Global» darstellt, welches auf regionale Freihandelsverträge zwischen Europa und Regionen in Lateinamerika, Afrika und Asien setzt. Auf einem Treffen in Brüssel im November 2009 verständigten sich Vertreter von sozialen Bewegungen aus Lateinamerika und Europa mit Europarlamentariern der GUE-NGL und der Grünen auf gemeinsame Aktionen dagegen.

DIE WICHTIGSTEN PARTEIEN IM ÜBERBLICK

PLN (PARTIDO DE LIBERACIÓN NACIONAL) Die «Sozialdemokraten» gründeten sich am 12. Oktober 1951 und sind Mitglied der Sozialistischen Internationale. Ihre Wurzeln gehen auf Studienzirkel in den 1940er Jahren zurück. Die Partei geht direkt hervor aus der bewaffneten Erhebung von José Figueres Ferrer im Jahr 1948. Anders als in den sozialdemokratischen Parteien Europas und Russlands gab es in der rechts-sozialdemokratischen PLN nie einen sozialistischen Flügel und sie war stets strikt antikommunistisch orientiert. Nach seinem gelungenen Putsch 1948 wurde José Figueres Präsident und schaffte die Armee ab. Er verbot und verfolgte kommunistische Organisationen. Von den 47 Präsidenten Costa Ricas waren 6 Kandidaten der PLN. Nur zwei von ihnen regierten mehr als einmal: Gründervater José Figueres («Don Pepe») führte drei Administrationen und Óscar Arias Sánchez zwei. Nach ihren Parteifarben werden die «Liberacionistas» auch die «Grün-Weißen» genannt. Führende PLN-Politiker waren und sind aktuell in Korruptionsskandale verstrickt. So auch José Figueres und sein Sohn, der spätere Amtsinhaber José María Figueres Olsen. Óscar Arias musste sich öffentlich dafür entschuldigen, dass er im Wahlkampf für seine erste Amtszeit (1986–1990) Gelder von der Drogenmafia angenommen hatte. Eine kleine Gruppe von PLN-Mitgliedern um den ehemaligen Präsidenten Luis Alberto Monge Álvarez (Präsident 1982–1986) ging im Laufe der Auseinandersetzungen um das zentralamerikanische Freihandelsabkommen mit den USA (CAFTA-DR) auf Distanz zur Partei und gründete die Strömung «Sozialdemokraten gegen CAFTA».

PAC (PARTIDO ACCIÓN CIUDADANA) Unzufrieden mit der neoliberalen Ausrichtung der PLN und vor dem Hintergrund der Aufdeckung von Korruptionsskandalen von führenden PLN-Politikern spaltete sich im Jahr 2000 eine Gruppe um Ottón Solís Fallas von der Partei ab und gründete die «Partei der Bürgeraktion». Solís war Planungsminister in der ersten Arias-Regierung gewesen, außerdem Abgeordneter und

Direktionsmitglied der Zentralbank. Er gilt als Technokrat und sieht sich als Vertreter der politischen Mitte. Politisch ist die Partei sehr heterogen, das Attribut «Mitte-Links» charakterisiert es nur teilweise. Der Mehrheitsflügel um Solís vertritt eine sehr moderate sozialdemokratische Linie, aber auch rechtskonservative katholische Politiker haben großen Einfluss. Auf der anderen Seite gibt es noch immer einen Spielraum für linkere Ideen und Vertreter sozialer Bewegungen in der Partei. Unter den aktuellen Kandidaten zur Vizepräsidentschaft und Abgeordnete finden sich aber keine prominenten Vertreter aus diesem Kontext. Eine Identifikationsfigur der fortschrittlichen PAC-Mitglieder und -Unterstützer war die schwarze Feministin Epsy Campbell, vor vier Jahren noch Kandidatin zur Vizepräsidentin. Sie unterlag 2009 bei den PAC-internen Vorwahlen zum Präsidentschaftskandidaten mit rund 20 Prozent deutlich gegenüber Solís und zog sich aus der aktiven Parteipolitik zurück. Nur sechs Jahre nach ihrer Gründung wurde die PAC bei den Wahlen 2006 zur zweiten politischen Kraft im Land. Offen ist, ob sie diese Position nun verteidigen kann. Die PAC gehört keiner internationalen Strömung an.

ML (MOVIMIENTO LIBERTARIO) Vom Kürzel und den roten Fahnen, mit denen die «Libertäre Bewegung» auftritt, darf man sich nicht täuschen lassen. Diese Partei ist Mitglied der «Liberalen Internationale», knallhart rechts und ausländerfeindlich. Zurück geht sie auf einer Abspaltung von den Christsozialen (PUSC) 1994 und beteiligt sich seit 1998 regelmäßig an den Wahlen. Wirtschaftspolitisch folgt die ML den Lehren von Milton Friedman. Als radikale Marktradikale lehnen sie den Konsens von Washington als «interventionistisch» und wollen wie ihre Vorbilder Ronald Reagan und Margaret Thatcher jegliche staatliche Regulierung beenden. Das gilt natürlich besonders für Sozialpolitik, die sie als Quelle von «Faulheit» und «Verbrecher» verantwortlich machen. Das ML verfügt über keine funktionierende Parteistruktur, Beobachter führen die aktuelle Stärke in Umfragen (2006 erreichte die

Partei 8,6 Prozent der Zweitstimmen) vor allem auf einen «Medienhype» zurück. Ihre Stammwählerschaft hat sie vor allem in der aufstrebenden, jungen Mittelschicht. Der rhetorisch gewandte Otto Guevara Guth (Nachfahre deutscher Einwanderer) ist telegen, bei Liveauftritten verliert er aber manchmal die Kontrolle und wirkt autoritär. Angesichts der hohen Popularitätswerte relativiert er einige Punkte seines marktradikalen Programms, damit ML als «Catch-All-Party» fungieren kann. Zu rüder «Ausländer-Raus»-Polemik gesellen sich im Parteiprogramm auch traditionell liberale Punkte wie Legalisierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften und Bekenntnis zum Laizismus. Ungeklärt ist die Herkunft der immensen Finanzmittel, mit denen Guevara und seine Truppe in diesen Wahlkampf gezogen sind.

PUSC (PARTIDO DE UNIDAD SOCIAL CRISTIANA) Die Christsozialen waren bis zur Wahl Niederlage 2006 die große Traditionspartei, die sich über Jahrzehnte im Parteiendupol mit der PLN die politische Macht teilte. In Folge der Verwicklung früherer PUSC-Politiker in Korruptionsskandale stürzte sie vor vier Jahren als Regierungspartei auf gerade einmal 5 Prozent der Stimmen ab. Gegründet wurde sie 1983 und geht zurück auf die Sozialreformbewegung von Rafael Ángel Calderón Guardia in den 1940er Jahren. Sie folgt der katholischen Soziallehre, dem Bündnis von Calderón gehörte aber auch die damalige kommunistische Partei an. Unter anderem Namen nahm die Partei an den Wahlen 1978 und 1982 teil. In dieser Zeit war der kürzlich verstorbene Rodrigo Carazo Odio als Christsozialer Präsident (Amtszeit 1978–1982) unter dessen Ägide Costa Rica aus dem IWF austrat. Die costarikanische Linke zollt ihm Respekt, auch wenn er den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Kuba zu verantworten hat (die im vergangenen Jahr wieder aufgenommen wurden). Nach 1983 stellte die PUSC drei Präsidenten, von denen zwei in Korruptionsskandale verwickelt sind. Der aktuelle Kandidat Luis Fishman ist eine Notbesetzung, in seiner Kampagne bewirbt er sich selbst als den «am wenigsten Schlechten» und ist in Umfragen weit abgeschlagen. Die Partei ist Mitglied der konservativen ODCA.

FA (FRENTE AMPLIO) Im Gegensatz zu den meisten mittelamerikanischen Ländern gibt es in Costa Rica keine starke Linkspartei. Die kommunistische Partei (PVP, Partido Vanguardia Popular) war eine der ersten in Lateinamerika, verspielte ihren in den 1930er und 1940er Jahren aufgebauten Einfluss aber durch katastrophale politische Fehlentscheidungen. Bei den Wahlen 1948 errang sie noch etwa neun Prozent der Stimmen, sie verfügte über eine gut organisierte Mitgliedschaft inklusive bewaffneter Milizen. Das Bündnis mit katholischer Kirche und der christsozialen Partei unter Rafael Ángel Calderón Guardia verteidigte sie mit Waffengewalt gegen die Söldnerarmee des Sozialdemokraten José Figueres. Schnell wurde klar, dass sie den Bürgerkrieg nicht gewinnen konnten. PVP-Vorsitzender Manuel Mora Valverde verhandelte die Entwaffnung der Milizen persönlich mit Figueres. Als Preis für die Entwaffnung und die folgende politische Verfolgung sollten die Sozialreformen erhalten bleiben. Sozialdemokrat «Don Pepe» hielt sein Wort und auf Basis dieser Reformen wurde das sozialstaatliche «Modell Costa Rica» etabliert. Die PVP ist heute wieder zugelassen, die Wahlteilnahme bleibt der Kleinpartei dieses Mal aber verwehrt, nachdem sie im

Bündnis mit trotzkistischen Gruppen vor vier Jahren im Wahlbezirk San José rund 1,5 Prozent der Zweitstimmen errang. Zu den ehemaligen Kommunisten, die ihre politische Heimat bei den Lehren von Manuel Mora sehen, gehört der jetzige Parlamentsabgeordnete der «Breiten Front» (FA, FRENTE AMPLIO) José Merino. 2004 entstand die «Breite Front» als linke Sammelbewegung und errang 2006 das Mandat für Merino. Damals noch belächelt als «breite Front im Hosentaschenformat» wurde die Partei zur dynamischsten Gruppierung der Linken in Costa Rica. Neue Schichten von Aktivisten der Anti-CAFTA- und Umwelt-, Gewerkschafts- und feministischer Bewegung stießen dazu. In ihrem Wahlprogramm wendet sich die Partei gegen Privatisierungen und Neoliberalismus. Sie setzt sich für den Ausbau des Sozialstaates ein und bezieht sich positiv auf den Begriff «Sozialismus» ohne diesen allerdings näher zu definieren. Als Abgeordnete kandidieren u.a. in San José der Umweltaktivist José María Villalta, die ehemalige AStA-Vorsitzende und Protagonistin der Anti-Privatisierungsbewegung 2000/2001 Eva Carazo (vor seinem Tode erklärte der ehemalige Präsident und entfernte Verwandte Rodrigo Carazo seine Unterstützung für ihre Kandidatur), in der Karibikregion Limón der kämpferische Padre Gerardo Vargas (für die Kandidatur verzichtete er auf sein Priesteramt), in der Pazifikregion Guanacaste der profilierte Anwalt und Umweltaktivist Wilmar Matarrita und in Heredia der ehemalige Sprecher der Anti-CAFTA-Bewegung und Rektor der Technischen Universität Eugenio Trejos.

Der Autor Torge Löding ist Kommunikationswissenschaftler und arbeitet als Journalist für das unabhängige Kommunikationszentrum VOCES NUESTRAS, einer Partnerorganisation der Rosa-Luxemburg-Stiftung, in San José, Costa Rica.

Abonnieren Sie unseren E-Mail-Newsletter mit Berichten aus Lateinamerika unter folgendem Link:

<http://lists.rosaluxemburgstiftung.de/mailman/listinfo/lateinamerika-info>

Oder senden Sie eine E-Mail an gabbert@rosalux.de mit dem Stichwort: «Newsletter-Abo».

IMPRESSUM

RLS STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel.: 030 44310-127
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)